

Ungebremster Kostenanstieg?

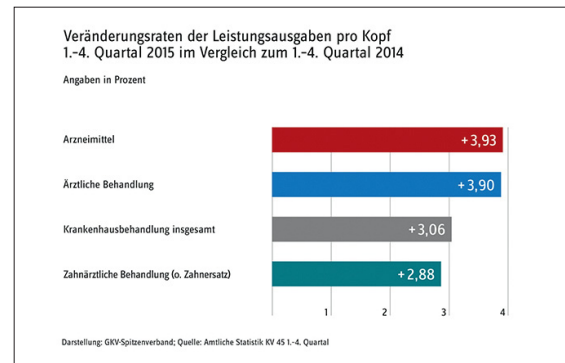
Ersatzkassen kritisieren die Gesundheitspolitik der Großen Koalition

Vor einem „ungebremsten Kostenanstieg im Gesundheitswesen“ warnt die Landesvertretung Bayern des Verbands der Ersatzkassen (vdek). Verantwortlich macht sie dafür vor allem kostspielige Reformen der Großen Koalition in Berlin. Aber auch Fehlsteuerungen im Risikostrukturausgleich (RSA) führten bei vielen Kassen zu Zusatzbeiträgen.

„Wer verstehen will, welche Gründe für diese Entwicklung maßgeblich sind, muss sich nur die Bundestagsdrucksachen der letzten zwei Jahre anschauen. Selten gab es so viele kostenträchtige Reformgesetze im Gesundheitswesen wie in den Jahren 2014 und 2015“, schreibt der vdek in seinem Mitteilungsorgan. Am teuersten ist demnach für die Kassen das Krankenhaus-Strukturgesetz. Allein 2016 schlägt es dem vdek zufolge mit 500 Millionen Euro zu Buche. Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz, das Präventions- und das Hospiz- und Palliativgesetz verursachen Kosten in dreistelliger Millionenhöhe. Insgesamt beziffert der vdek die zusätzlichen Ausgaben im laufenden Jahr auf 1,7 Milliarden Euro. Noch teurer wird es aber in den Folgejahren. 2017 befürchten die Ersatzkassen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen von rund 3,2 Milliarden, 2018 sogar von 3,6 Milliarden. Bis zum Jahr 2020 rechnet der vdek aufgrund der neuen Gesetze mit Folgekosten von rund 40 Milliarden Euro und beruft sich dabei auf das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Die Folge seien deutlich steigende Zusatzbeiträge für die Versicherten. Dabei hätten diese keine spürbaren Leistungsverbesserungen. Es handle sich vielmehr um eine „schlichte Aufstockung von Vergütungen und Honorierungen für unterschiedliche Leistungsempfängergruppen“.

Eines ist klar: Die Zahnärzte sind nicht verantwortlich für den Kostenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Die Pro-Kopf-Ausgaben für zahnärztliche Maßnahmen stiegen 2015 nur um 2,88 Prozent, während die Ausgaben für Arzneimittel und ärztliche Behandlungen um fast vier Prozent wuchsen (siehe Grafik).

Auch die These, dass die Patienten von Einkommensverbesserungen der Ärzte und Zahnärzte nicht profitieren, ist gewagt. Schließlich gilt auch in der Me-



Der Verband der Ersatzkassen kritisiert die kostspieligen Reformen der Großen Koalition in Berlin. Die Zahnärzte sind allerdings nicht verantwortlich für den Anstieg der Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung.

dizin der Grundsatz: Gutes Geld für gute Arbeit. Deutschland hat noch immer eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt, das auch den Zuzug von über einer Million Flüchtlinge im Jahr 2015 bewältigt hat. Und wozu es führt, wenn man Heilberufler nicht angemessen bezahlt, zeigt der Blick nach Osteuropa (siehe S. 8 f.).

Interessanter ist indes der Blick auf die Verteilung der Beitragsgelder innerhalb des GKV-Systems. Vor allem der sogenannte morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich, kurz Morbi-RSA, steht in der Kritik. Der vdek beklagt, dass er weit weniger Geld bekommt, als ihm unter Berücksichtigung der Morbidität seiner Versicherten zustehen würde. Das Defizit beziffert der Verband für das Jahr 2015 auf 433 Millionen Euro. Gleichzeitig würden die AOKen durch den Morbi-RSA ein Plus von 888 Millionen erwirtschaften. Die Folge seien unterschiedlich hohe Zusatzbeiträge für die Versicherten. Wegen des Morbi-RSAs komme die AOK Sachsen-Anhalt mit einem Zusatzbeitrag von 0,3 Prozent aus. Diese „strukturelle Unterdeckung“ müsse dringend beseitigt werden. Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Ersatzkassen seien die aktuellen Fehlsteuerungen im Finanzausgleich unter den Kassen inakzeptabel. Kritisch sieht der vdek auch die immer stärkere Belastung der Arbeitnehmer in der GKV. Mittelfristig müsse man zur paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zurückkehren.